

AKTUELL

EUROPÄISCHE CHEMIKALIENPOLITIK

Giftige Prokrastination

Joël Adami

2022 verkündete die EU-Kommission das Ziel „Null Verschmutzung“ und sagte damit giftigen Chemikalien, die Mensch und Umwelt belasten, den Kampf an. Passiert ist seitdem wenig, denn: Die Kommission steht sich selbst im Weg.

Es sollte die ambitionierteste und weitreichendste Chemikalienpolitik der Welt sein: Im April 2022 veröffentlichte die EU-Kommission die sogenannte „Restrictions Roadmap“. Sie sollte es erleichtern, schädliche Stoffe in der EU zu beschränken oder zu verbieten. Auf der Liste tummelten sich alte Bekannte der Umweltpolitik: Neben den Ewigkeitschemikalien PFAS standen dort unter anderem auch Bisphenole, die den Hormonhaushalt des Menschen durcheinanderbringen, und der äußerst schlecht recycelbare Kunststoff PVC drauf – alles Stoffe, die einen erheblichen negativen Einfluss auf Mensch und Umwelt haben. Insgesamt waren 22 Chemikalien oder Stoffgruppen betroffen, bis 2030 sollten sie zum Großteil von europäischen Markt verschwunden sein, freute sich damals die Umweltorganisation „European Environmental Bureau“ (EEB).

Vier Jahre später sieht die Realität ganz anders aus: Lediglich sechs Stoffgruppen sind mittlerweile verboten, ein Drittel der Verfahren hat noch nicht einmal begonnen. Der Rest befindet sich in Phasen dazwischen. Die Kommission hat es nicht geschafft, die administrativen Mühlen schneller mahlen zu lassen. Im Gegenteil: So gut wie alle Verbots- oder Beschränkungsprozesse sind spät dran. Die Verzögerungen reichen von 13 bis 47 Monate, im Durchschnitt sind es zwei Jahre. Der am heutigen Freitag veröffentlichte Bericht von „Client Earth“ und EEB macht die Kommission dafür verantwortlich. Die Verzögerungen verstießen gegen europäisches Recht, so die NGOs.

„Erneut sind wir gezwungen, dieselbe beunruhigende Schlussfolgerung zu ziehen wie zuvor: Die Kommission macht ihre eigenen Versprechen rückgängig und setzt sich damit der Gefahr rechtlicher Schritte aus. Sie muss aufhören, das Problem vor sich herzuschieben, und ihrer gesetzlichen Pflicht zum Schutz von Mensch und Umwelt nachkommen“, so Hélène Duguy, Rechtsanwältin bei Client Earth in der Pressemitteilung der Umweltorganisationen.

Ein Beispiel für eine Chemikalie, deren Verbot die Kommission verzögert, ist das Düngemittel Calciumcyanamid,

das als „Kalkstickstoff“ verkauft wird. Es baut sich zu dem krebserregenden Cyanamid ab. Das Verbotsverfahren liegt seit vier Jahren in den Schubladen der Kommission, ohne dass sich etwas bewegt hätte. Die NGOs schätzen auch, dass das immer noch ausbleibende Verbot von Bleimunition für bis zu tausend Fälle von chronischen Nierenerkrankungen bei Jäger*innen verantwortlich sei und auch Millionen von Vögeln bedrohe.

Planetare Grenzen überschritten

Manche Wissenschaftler*innen sehen die Einbringung neuer Chemikalien als eine der acht planetaren Belastungsgrenzen. Dabei geht es um Stoffe, die in einem geologischen Sinne „neu“, also menschengemacht, sind und für deren Analyse und Monitoring ungenügende Kapazitäten vorhanden sind. Die Ewigkeitschemikalien PFAS sind ein gutes Beispiel hierfür: Sie sind mittlerweile von Lebensmitteln über Flusswasser bis hin zum menschlichen Blut überall zu finden, die Auswirkungen davon sind aber kaum abzuschätzen. Auch das hat die große woxx-Recherche zum Thema im letzten Sommer beleuchtet (woxx 1845; „Auf immer und ewig“). Das Verfahren für eine Einschränkung der Ewigkeitschemikalien ist zwar auch langsam vorangegangen, hat mittlerweile aber eine wichtige Etappe erreicht: Die EU-Chemikalienbehörde Echa hat Ende März eine erste Version ihrer Empfehlung veröffentlicht – diese befindet sich nun in der zweimonatigen Begutachtungsphase, die am 25. Mai endet.

Christine Hermann vom EEB sieht die Kommission in der Pflicht, schneller zu handeln: „Die Untätigkeit der Kommission trägt zu weitreichender Umweltverschmutzung und zu Schäden für die Bevölkerung und Umwelt bei. Wir fordern die europäische Führung dringend auf, den Schutz an erste Stelle zu setzen und den EU-Plan zur Beseitigung dieser höchst bedenklichen Chemikalien zu beschleunigen.“ Bereits 2022 hatte die NGO einen Bericht mit dem Titel „Need for Speed“ veröffentlicht, indem sie die Kommission aufforderten, doch schneller auf die Gefahren von Chemikalien zu reagieren. Dafür fordern die Umweltorganisationen, dass die Kommission die Ressourcen für Echa erhöht, damit die Chemikalienbehörde ihre Arbeit zeitgerecht ausführen kann. Außerdem wünschen sich die NGOs mehr Transparenz in den Prozessen.

SHORT NEWS

„The Family of Man“: Demission und Diskussionen

(ja) – Gilles Zeimet ist als Direktor des Centre national de l’audiovisuel (CNA) zurückgetreten. Das gab Kulturminister Eric Thill (DP) am Mittwoch während der Sitzung der parlamentarischen Kulturkommission bekannt. Déi Lénk-Abgeordneter Marc Baum hatte die immer noch ungeklärte Frage zu möglichen Feuchtigkeitsschäden an den Exponaten der Ausstellung „The Family of Man“ erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die Fotoschau des in Luxemburg geborenen Edward Steichen ist seit 2003 das einzige Luxemburger Dokumentenwerk im Unesco-Register „Memory of the World“ – und wird es wohl auch bleiben (woxx 1881; Kulturpolitischer Problemfall). In der Kommission entschuldigte sich Thill für einen „Flüchtigkeitsfehler“ während eines RTL-Interviews, nämlich seine Aussage, die Fotos seien nur über wenige Minuten einer erhöhten Luftfeuchtigkeit ausgesetzt gewesen. Er blieb aber dabei, dass er auf die Expertise seiner Beamt*innen vertraue. Baum hingegen bewertete sein Verhalten als einen Vertrauensbruch, da die Analyse der Temperatur- und Feuchtigkeitsdaten zeigt, dass es langfristige Überschreitungen der Toleranzbereiche gab. Andere Abgeordnete der Opposition schlossen sich dieser Kritik an. Der Kulturminister versprach, zeitnah ein „Monitoring“ der Werke in Clerf durchführen zu lassen. Außerdem sollen nun Notfallprozeduren aufgestellt und ein Echtzeit-Überwachungssystem eingerichtet werden. Er betonte außerdem mehrmals, in einem Schloss könnten niemals „ideale Bedingungen wie in einem Museum“ herrschen.

Non à « la directive, rien que la directive »

(mes) – Le gouvernement pourrait déjà présenter un avant-projet de loi pour la directive européenne sur le devoir de vigilance à l’automne, a avancé l’ONG Initiative pour un devoir de vigilance. Après avoir été adoptée en juin 2024, puis considérablement édulcorée dans le cadre du paquet Omnibus I, la directive doit maintenant être implémentée par les États membres. Elle ne doit être mise en œuvre qu’en juillet 2029 au plus tard, mais le gouvernement serait déjà prêt à commencer le travail. Lors d’une conférence de presse ce lundi, l’Initiative a rappelé ses dix revendications, dont la principale : une loi nationale qui reflète l’ambition de la directive avant son affaiblissement, afin qu’elle puisse « garantir une protection réelle des personnes et de la planète ». L’ONG demande, entre autres, d’élargir le champ d’application aux entreprises de plus de 1.000 salarié-es (contre 5.000) et de chiffre d’affaires supérieur à 750 millions d’euros (contre 1,5 milliard), d’inclure les secteurs à haut risque, dont le militaire et l’acier, mais aussi le secteur financier, d’obliger les entreprises à adopter des plans de transition climatique ainsi que d’augmenter les amendes (woxx 1878). De plus, suite à un effort de lobbying réussi par un groupe de multinationales, l’ONG déplore le manque de transparence de la part du gouvernement lors de négociations européennes. Selon une enquête de l’ONG Somo, le ministre de l’Économie, Lex Delles, se serait réuni avec des entreprises américaines œuvrant à travers l’UE pour affaiblir la directive, une accusation que le ministre n’a ni démentie ni confirmée (woxx 1877). « La politique devrait se faire au Luxembourg, pas à Washington. Nous réclamons une démarche transparente lors de la transposition », a dénoncé Jean-Louis Zeien, coordinateur de l’Initiative.

Cybergewalt stärker bekämpfen

(mc) – Die Regierung hat auf Vorschlag von Justizministerin Elisabeth Margue (CSV) einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs gebilligt, um die Bekämpfung von Cybergewalt zu verstärken. „Straffreiheit darf nicht toleriert werden. Online-Gewalt ist für die Opfer eine sehr reale Gewalt mit schwerwiegenden und dauerhaften Folgen“, so Margue. Folgen, die aufgrund der Dauerhaftigkeit und der schnellen Verbreitung im Netz noch verstärkt würden. Das aktuelle Strafrecht greife hier oft zu kurz. Der Gesetzentwurf soll diese Lücke deshalb nun schließen. Zudem soll „Zwangskontrolle“, also kontrollierendes und einschränkendes Verhalten etwa durch Drohungen als eigenständiger Straftatbestand eingeführt werden – eine langjährige Forderung des Opferhilfevereins la voix des survivantes. Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein neues Phänomen, doch ihre Verlagerung in die digitale Welt hat ihr Ausmaß und ihre Auswirkungen laut einem Bericht der UN Women erheblich verstärkt. Studien zufolge liegt der Anteil an von Cybergewalt betroffenen Frauen und Mädchen weltweit bei 16 bis 58 Prozent. Dazu zählen unter anderem Online-Belästigung wie Beleidigungen, Trolling und Drohungen, bildbasierter Missbrauch („Revenge Porn“), „Doxxing“ (also das Veröffentlichen von persönlichen Informationen wie Adresse und Telefonnummer), Erpressung mit Intimbildern, Cyberstalking, Deepfake-Pornografie, geschlechtsbezogene Hassrede sowie das ungefragte Senden obszöner Fotos.